

Kreistag Saale-Orla wirbelt viel Staub um Deponie Wiewärthe auf – beschließt aber nichts

Um die Kesselstäube auf der Pößnecker Deponie Wiewärthe wurde jetzt im Kreistag wieder viel Wirbel gemacht, aber nichts beschlossen.

21. Dezember 2017 / 03:06 Uhr



Leben am Rand einer Mülldeponie. Vor allem aufgrund der eingelagerten Kesselstäube sind die Anwohner besorgt. Archivfoto: Jens Voigt

Schleiz/Pößneck. Geht es ums Ende der Einlagerung von Kesselstäuben auf der Deponie Wiewärthe bei Pößneck, so sind offenbar alle Mittel recht, um zumindest vor Wahlen keine endgültigen Entscheidungen treffen zu müssen.

Regine Kanis (SPD) trat am Montag im Kreistag Saale-Orla ans Rednerpult und verkündete ihre Hoffnung, „bei dem wichtigen Thema zu einem gemeinsamen Meinungsbild zu kommen“. Sie warb für einen Beschlussantrag, den CDU, SPD, Linke, FDP und SIP gemeinsam einreichten mit dem Ziel, dass der Kreistag Saale-Orla „das sofortige Ende der Einlagerung von Kesselstäuben“ auf der Deponie fordert, „spätestens jedoch ab dem 1. Januar 2019“.

Der Landrat solle dazu als Vertreter des Verbandsmitgliedes Saale-Orla-Kreis im Zweckverband dafür Sorge tragen, dass die erforderlichen Beschlüsse bis 31. März gefasst werden. Zudem solle der Beschluss des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Saale-Orla (Zaso) dahingehend angepasst werden, dass der Weiterbetrieb des ersten und zweiten Dichtungsabschnittes der Deponie „bis zur Restverfüllung mit einer optimierten Deponiekultur“ erfolgt und „ohne die Deponierung von Kesselstäuben“. Zudem, so der Antrag, solle der Zweckverbandsvorsitzende beauftragt werden, „einen Antrag im Restabfallzweckverband Ostthüringen zur Sicherstellung der Restabfallbehandlung der Kesselstäube“ zu stellen ab dem Moment, wo die Kesselstaubtrennung erfolgt.

Die mit der beabsichtigten Kesselstaubtrennung verbundenen Mehrkosten, die von den Einwohnern der Landkreise Saalfeld-Rudolstadt und Saale-Orla zu tragen wären, sollen anhand von

Variantenuntersuchungen für umliegende Deponierungsmöglichkeiten konkret berechnet werden. „Es ist in der gesamten Bundesrepublik inzwischen unzulässig, Abfallbehandlungs- und -beseitigungsanlagen in unmittelbarer Nähe zur Wohnbebauung zu errichten oder zu unterhalten“, heißt es zur Begründung des Antrags. So bestehe die Pflicht, „mögliche Gefahren“ für die Bewohner abzuwenden, die ihre Häuser kaum 300 Meter entfernt von der „Wiewärthe“ stehen haben.

Die UBV-Fraktion legte im Kreistag zum gleichen Thema einen eigenen Antrag vor. Das Ziel ist das gleiche, nämlich die schnellstmögliche Beendigung der Einlagerung von Kesselstäuben. Ähnlichkeiten seien nicht zufällig, wie den Ausführungen von Wolfgang Kleindienst (UBV) zu entnehmen war. Kleindienst sprach sogar von „geistigem Diebstahl“, denn der von Regine Kanis vorgetragene Beschlussantrag sei von jenem der UBV „kopiert“ worden, mit dem die Fraktion schon im September aus einer ursprünglich als „politische Willenserklärung“ der anderen Kreistags-Fraktionen geplanten Vorlage einen konkreten Beschluss machen wollte.

Dass man im September damit nicht durchkam, hält Kleindienst nicht für einen Zufall. Denn zwischenzeitlich gab es eine Verbandsversammlung, bei dem ein Haken hinter die Forderungen hätte gemacht werden können. In dieser Verbandsversammlung hätte Kleindienst gerne das Thema Kesselstäube in der Tagesordnung vor die geplante Beschlussfassung zum Zaso-Haushalt gesetzt. Denn schließlich habe die Kesselstaubtrennung finanzielle Auswirkungen. „Doch mir wurde erklärt, die Änderung der Tagesordnung sei nicht erforderlich“, schilderte Kleindienst in einem OTZ-Gespräch, „das ließe sich gegebenenfalls auch über einen Nachtragshaushalt klären.“ Daher habe er darauf verzichtet, über eine Änderung der Tagesordnung abstimmen zu lassen.

Was im Sitzungsverlauf folgen sollte, konnte Kleindienst nicht ahnen. Denn als die Kesselstaubtrennung als Tagesordnungspunkt aufgerufen wurde, verließ der Landrat des Kreises Saalfeld-Rudolstadt, Marko Wolfram (SPD), demonstrativ die Sitzung. Hintergrund: Wenn einer der beiden Landräte (oder deren Beigeordnete als Stellvertreter) als gesetzliche Vertreter der Verbandsmitglieder fehlt, gibt es keine Beschlussfähigkeit. Ergo war eine Abstimmung darüber, die Kesselstaubtrennung auf den Weg zu bringen, nicht mehr möglich gewesen. Wolframs Begründung für sein Handeln soll es gewesen sein, dass die Ergebnisse der laufenden Immissionsmessungen abgewartet werden müssten, die für den nächsten Sommer angekündigt sind.

„Kuh irgendwie vom Eis zu bekommen“

Er wünsche sich, so Kleindienst in seinen Worten an den Kreistag, dass sich endlich die Parteien auf ihren Ebenen mit dem Nachbarkreis Saalfeld-Rudolstadt verständigen, „um die Kuh irgendwie vom Eis zu bekommen.“

„Wir sind ja vom Inhalt nicht so weit auseinander“, stellte Landrat Thomas Fügmann (CDU) zu den beiden vorliegenden Anträgen fest und räumte ein, dass der Kreis Saalfeld-Rudolstadt in der Sache blockiere. Er vermisse das „Solidarprinzip“, das bei einem Zweckverband gelten müsse. Eine schnelle Einigung sehe aber auch er nicht, weil nunmehr das Ergebnis der Schadstoffmessungen abgewartet werde. Bedauert wird vom Saale-Orla-Landrat, dass die Bürgerinitiative gegen die Deponie aus Pößneck-Nord angekündigt hat, den Klageweg zu gehen. „Bei einer Klage weiß keiner, was am Ende rauskommt“, befürchtet Fügmann offenbar, dass die zur Debatte stehenden Ziele des Kreistages negativ beeinflusst werden könnten. Störfeuer kam zudem umgehend von

Gottfried Schugens (CDU), der seit Anfang der 1990-er mit der Deponie vertraut ist und ankündigte, keinem der beiden Anträge im Kreistag zuzustimmen. „Alle Genehmigungen zu der Deponie sind nach Recht und Ordnung erfolgt“, verwies Schugens darauf, dass dort nichts Illegales passiere. Wer die Deponie schließen wolle, müsse auch klären, wann umgesteuert werden soll, was das kosten wird, wohin die Abfälle gebracht werden sollen. „Als Kreistag muss es uns um die Sache gehen“, äußerte Thomas Hofmann (Linke), „und es muss um die Bürger gehen – sowohl die, die dort wohnen, als auch die, die das bezahlen müssen.“ Wenn von den Stäuben eine Gefahr ausgehe, dann müsse seiner Ansicht nach sofort gehandelt werden. Nur sei derzeit eben keine Gefahr nachgewiesen. Auf seinen Antrag hin ist das Thema nun zunächst in den Wirtschaftsausschuss verwiesen.

Fakten zum Zweckverband

Der Zaso wurde 1994 durch die Landkreise Saale-Orla und Saalfeld-Rudolstadt gegründet.

Der Zweckverband ist der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger für diese beiden Landkreise.

Die Wiewärthe wird als letzte verbliebene aktive Deponie im Zweckverbandsgebiet genutzt.

Mit der Deponierung von Kesselstäuben aus der Verbrennungsanlage TVS Schwarza werden Gesundheitsgefahren in der nur 300 Meter entfernten Wohnbebauung befürchtet.

Die Laufzeit der Deponie, die 770 000 Kubikmeter fasst, ist inzwischen wiederholt verlängert worden.

Peter Hagen / 21.12.17